

# MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte

[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



**Aktiv, fortschrittlich, kompetent  
ver.di schärft Profil**

Attraktive Angebote für den öffentlichen Dienst

Entspannt in die Zukunft blicken ...



... mit dem kostenfreien Gehaltskonto und dem Testsieger für Ihre private Vorsorge

#### Gehaltskonto zum Nulltarif

- Kostenlose Kontoführung
- Kein Mindestgehaltseingang
- Kostenfreie BANKCARD
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank und an über 2.300 Geldautomaten innerhalb des CashPool-Partnerverbundes

#### UniProfiRente

- Staatlich geförderte Altersvorsorge mit 25 % Förderung und mehr
  - 100 % Kapitalgarantie auf alle eingezahlten Beträge
  - Hohe Ertragschancen
  - Lebenslange hohe Zusatzrente
- + EUR 20,- Tankgutschein bei Abschluss



Alles mit einer Bank.

**BB** Bank

Jetzt informieren: 0 180/40 60 105 (EUR 0,20/Anruf)  
oder unter [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)

# INHALT

## TITEL

Aktiv, fortschrittlich, kompetent  
ver.di schärft Profil || 4 |

## GASTBEITRAG

„Alle Mädels zählen – auch du“  
Isa Held beim Girls' Day im Statistischen  
Bundesamt || 6 |

## MELDUNGEN

Bund: Bundespolizei wird neu organisiert || 6 |  
Telekom: Überwältigendes Votum für Streik || 6 |

## AUS DEN LÄNDERN

Verwaltungsreform in Sachsen: „Wir lassen  
uns den Stuhl nicht vor die Tür setzen“ || 7 |  
Brandenburg: Personalabbau mit der Brechstange || 8 |  
Hamburg: „Freie Wochenenden sind zur  
Lotterie geworden“ || 9 |  
Saarland: Einmalzahlungen vereinbart || 10 |

## PORTRÄT

Revierförster im Porträt || 11 |

## SERVICE

Berufsstart spezial || 12 |

## INTERVIEW

Schon längst fit für den Markt  
Ulrich Nölkenbockhoff über die Besonderheiten  
des Dienstrechts bei der Deutschen Bahn AG || 14 |

## VERMISCHTES

Mitbestimmung des Personalrats bei  
„Ein-Euro-Jobs“ || 15 |  
Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten 2005 || 15 |

# IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Bereich Öffentlicher Dienst und Beamte, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Egbert Biermann, Nils Kamradt, Silke Raab, Gabriela Schill; Gestaltung: SCHIRMWERK, Düsseldorf; Druck: VVA GmbH, Düsseldorf; Titelfoto: Renate Stiebitz; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE, Höher Weg 270, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0180 5835226, Fax: 0180 5329226, info-service@beamten-informationen.de, beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Verhandeln statt Verordnen“ – die gewerkschaftliche Maxime wurde einmal mehr auf der 2. Bundeskonferenz für Beamtinnen und Beamten von ver.di Anfang Mai in Berlin bekräftigt. In Fragen, Statements und Anträgen wurde sie aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Die Haltung von Staatssekretär Hahlen hat deutlich gezeigt: Hier muss auch in den nächsten Jahren noch kräftig an „dicken Brettern“ gebohrt werden, um die politischen Widerstände zu überwinden.

Alle vier Jahre wird satzungsgemäß Rückschau gehalten auf die vergangene Arbeit und Position bezogen für die künftigen Herausforderungen. Die Bundesbeamtenkonferenz von ver.di stand am Ende einer Reihe von Konferenzen, die in den Bezirken und Landesverbänden durchgeführt wurden. Die dortigen Debatten spiegelten sich in den Anträgen wider.

Aber auch der 2. ver.di-Bundeskongress, der im Herbst dieses Jahres stattfinden wird, warf seine Schatten voraus. Somit war die Konferenz Dreh- und Angelpunkt der ver.di-Beamtenarbeit. Deutlich wurde: Der öffentliche Dienst wird auch in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen stehen. Sie im Interesse der Beschäftigten zu meistern, wird neue Initiativen und ein engeres Zusammenrücken der Statusgruppen erfordern. Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte werden noch häufiger als in der Vergangenheit gemeinsam aktiv werden müssen. Deutlich wird dies schon heute an der Auseinandersetzung bei der Deutschen Telekom. Dort streiten Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte Seite an Seite für den Erhalt von Arbeitsplätzen. ■

Egbert Biermann, Bereichsleiter Öffentlicher Dienst und Beamte beim DGB Bundesvorstand



**Rückblick auf vier Jahre beamtenpolitische Arbeit und Ansporn für eine erfolgreiche Bewältigung künftiger Herausforderungen kennzeichneten die 2. ver.di-Bundeskonferenz für Beamtinnen und Beamte am 3. und 4. Mai in Berlin.**

## **Erfolge der beamtenpolitischen Arbeit**

Das Beamtenrecht ist in Bewegung. Klammere öffentliche Haushalte haben den „Modernisierungsdruck“ im öffentlichen Dienst erhöht. Durch die zum Teil rigorose Konsolidierungspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden waren Beamtinnen und Beamte in den letzten Jahren immer wieder Angriffen auf ihre Rechte und ihre Einkommen ausgesetzt. – Nicht alle konnten abgewehrt werden.

Der Rückblick auf vier Jahre beamtenpolitische Arbeit hat gezeigt, dass dennoch einiges erreicht werden konnte: Das Tarifergebnis 2004 ist auf Beamtinnen und Beamte ebenso übertragen worden wie die Einmalzahlungen 2005 bis 2007 in Höhe von je 300 Euro im Bund.

## **Aktiv, fortschrittlich, kompetent**

**ver.di schärft Profil**

Inzwischen zeichnen sich in zahlreichen Ländern gesetzliche Regelungen zur Erhöhung von Besoldung und Versorgung ab. „Ich fordere alle Landesregierungen auf, Gesetzentwürfe zur Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen, Beamte und Pensionäre vorzulegen“, bekräftigte ver.di-Chef Frank Bsirske auf der Konferenz.

Bei den Postnachfolgeunternehmen konnten die Sonderzahlungen in vollem Umfang erhalten und höhere Wochenarbeitszeiten verhindert werden. Bei Zuweisungen von Beamtinnen und Beamte zu Tochter- und Beteiligungsgesellschaften hat ver.di erweiterte Schutzrechte aushandeln können. Der Vorruhestand ist gesetzlich geregelt; Versorgungsabschlüsse werden von den Unternehmen getragen.

## **Föderalismusreform – Auf dem Weg in die Kleinstaaterei**

Mit vereinten Kräften hatten sich DGB und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gegen die Föderalis-

musreform gestemmt. Unter dem Motto „Brücken verbinden – Politik spaltet“ wurde die von der Politik betriebene Spaltung auf der Theodor-Heuss-Brücke, die Hessen und Rheinland-Pfalz miteinander verbindet, durch Schlagbäume symbolisiert. In einer gemeinsamen Föderalismuskonferenz verdeutlichten ver.di, DGB und dbb ihre Ziele und ihre Forderungen an die Politik.



Foto: Renate Stiebitz

## **„Gemeinsam streiten – gemeinsam kämpfen“**

Seit der Föderalismusreform stehe auch die gewerkschaftliche Beamtenarbeit vor großen Herausforderungen, betonte die für die Beamtenpolitik verantwortliche stellvertretende Vorsitzende des DGB Ingrid Sehrbrock in ihrem Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz. Die Stärke der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder sei, gemeinsam zu streiten und gemeinsam zu kämpfen. „Wir können jetzt zeigen, dass wir uns von den Arbeitgebern nicht spalten lassen“, betonte Sehrbrock.

Dass man damit auch in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sei, verdeutlichte Bundesbeamtensekretär Egbert Biermann am Beispiel Versorgungsfonds. Auf beharrliches Drängen von DGB und Gewerkschaften hätten sich – dem Beispiel Rheinland-Pfalz folgend – schließlich auch der Bund und einige weitere Länder dazu durchringen können, für die Pensionen ihrer neuen Beamtinnen und Beamten vorzusorgen.

## **Erklärtes Ziel: Spürbare lineare Erhöhungen**

Im Zusammenhang mit der Tarif- und Besoldungsrunde 2008 fordert ver.di die spürbare lineare Erhöhung von Besoldung und Versorgung. Die Besoldung in den neuen Ländern müsse ohne zeitliche Verzögerung an das Westniveau angepasst werden, verlangte Bsirske.

# TITEL

## → Gute Gründe für mehr Geld

Für die ver.di-Forderungen gebe es gute Gründe:

- Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten kompetente und engagierte Arbeit. Sie tragen zur positiven Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland bei.
- Eine lineare Verbesserung der Besoldung würdigt die geleistete Arbeit. Sie ist im Übrigen wegen der steigenden Lebenshaltungskosten auch geboten.
- Die wirtschaftliche und finanzielle Ausgangslage hat sich wesentlich verbessert. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfen von den Einkommensentwicklungen in der Privatwirtschaft nicht abgekoppelt werden.

## Menschen machen Politik

Neben Antragsberatung und inhaltlicher Diskussion wählten die Delegierten den neuen Bundesbeamtenausschuss, dessen Aufgabe es vor allem ist, beamtenrechtliche und berufsbezogene Positionen zu entwickeln.

Das Votum der Bundeskonferenz für den Ausschussvorsitzenden fiel auf den derzeitigen Amtsinhaber und Vorsitzenden des Hauptpersonalrates des Landes Berlin Uwe Januszewski.



Der Kandidat für den ver.di-Bundesvorstand Achim Meerkamp im Gespräch mit DGB-Bundesbeamtensekretär Egbert Biermann, dem alten und neuen Vorsitzenden des Bundesbeamtenausschusses Uwe Januszewski und ver.di-Bundesbeamtensekretär Klaus Weber (v. l. n. r.). Foto: Renate Stiebitz

Außerdem votierten die Delegierten einstimmig für die erneute Berufung von Klaus Weber als Bundesbeamtensekretär und damit zum Leiter des Bereichs Beamtinnen und Beamte. Das für die Beamtenpolitik zuständige Mitglied des Bundesvorstandes in ver.di Christian Zahn wird nicht mehr für den Bundesvorstand kandidieren. Stattdessen wird sich der stellvertretende Landesbezirksleiter von Rheinland-Pfalz Achim Meerkamp zur Wahl stellen. ■

## RatgeberService für den öffentlichen Dienst



### Bestellcoupon:

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand).

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst**  im Abo nur 5,00 Euro
- ... Ex. **Die Beihilfe**  im Abo nur 5,00 Euro
- ... Ex. **Die Beamtenversorgung**
- ... Ex. **FrauenSache im öffentlichen Dienst**
- ... Ex. **Nebentätigkeitsrecht im öffentlichen Dienst**
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst**
- ... Ex. **Gesundheit von A bis Z**
- ... Ex. **Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst**

### OnlineService des DBW

Sie interessieren sich für weitergehende Informationen zum öffentlichen Dienst, beispielsweise zum Tarif- und Beamtenrecht? Neben den Ratgebern bietet der DBW ein breites Informationsangebot im Internet. Mit dem „OnlineService“ des DBW können Sie sich exklusiv über Neuregelungen zu wichtigen Themenbereichen des öffentlichen Dienstes informieren lassen.

Für nur 10 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten können Sie mit einer persönlichen Zugangskennung auf mehr als 15 Websites des DBW rund 800 PDF-Dokumente lesen, drucken und herunterladen.

JA, ich möchte ab sofort am OnlineService teilnehmen.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Konto-Nummer \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_

Bank \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

**Bestellservice:** per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de),  
per Telefon: 0211 7300335 · per Telefax: 0211 7300275  
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V. · Höherweg 287 · 40231 Düsseldorf  
Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

## „Beamten-Magazin“ & „Wissenswertes“ für nur 19,50 Euro (inkl. Versand)



Sie interessieren sich für Änderungen und Neuregelungen im Beamten-, Besoldungs-, Beihilfe- und Versorgungsrecht bei Bund und Ländern und wollen auf dem Laufenden bleiben? Sichern Sie sich das Beamten-Magazin im Doppelpack mit dem Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“. Zum Komplettpreis von 19,50 Euro liefern wir Ihnen ein ganzes Jahr lang bequem nach Hause

- 1 x monatlich das Beamten-Magazin
- 1 x jährlich (im Frühjahr) die aktuelle Jahresausgabe des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

**Bestellen Sie noch heute:**

✉ INFO-SERVICE | Höherweg 270 | 40231 Düsseldorf

Telefon 0180 5835226 | Telefax 0180 5329226 |

[infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de) | [www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

# GASTBEITRAG



Isa Held beim Girls' Day im Statistischen Bundesamt

## „Alle Mädels zählen – auch du“

Rund 140.000 Mädchen haben am siebten Girls' Day Ende April „männertypische“ Berufsbereiche für sich entdeckt. Auch das Statistische Bundesamt öffnete – wie rund 8.000 andere Behörden und Unternehmen – seine Türen, um 34 Mädchen einen Einblick in die Welt der Mathematik und Statistik zu geben. Isa Held war dabei und berichtet von ihren Eindrücken.

Als ich mich mit meinen Freundinnen vor dem Girls' Day unterhalten und ihnen erzählt habe, dass ich zum Statistischen Bundesamt in Wiesbaden gehen wolle, war die Reaktion ziemlich einstimmig: „Was ist das überhaupt?“ Genau das hatte ich auch gedacht, als ich im Internet zum ersten Mal die Beschreibung des Platzes („Alle Mädels zählen – auch du!“) sah. Nachdem ich sie aber gelesen hatte, war ich neugierig und meldete mich kurzerhand an. Ich hatte große Lust, einmal einen Einblick in eine mathematische Berufslaufbahn zu bekommen.

Ein Vortrag über Statistik im Allgemeinen verdeutlichte mir, was Statistik überhaupt ist und wo sie überall im Alltag auftaucht. Anschließend folgte eine lebhafteste Fotostory



von sechs weiblichen Azubis über die Ausbildung im Statistischen Bundesamt. Nach dem Mittagessen konnten die Teilnehmerinnen zwischen verschiedenen Aktivitäten wählen, wie etwa die Durchführung

einer Preiserhebung im Supermarkt oder das Auseinander- und Zusammenbauen eines Computers.

Der Girls' Day hat mir sehr viel Spaß gemacht. Obwohl ich nicht daran gedacht hatte, dass er vielleicht etwas mit meinem späteren Berufswunsch zu tun haben könnte, gelang es den acht jungen Frauen sehr gut, die Teilnehmerinnen für die Mathematik zu interessieren. Vielleicht wird sich ja wirklich mal eine der Teilnehmerinnen beim Statistischen Bundesamt bewerben. Oder, um es einmal so auszudrücken, wie ich es an dem Tag gelernt habe: Die statistische Wahrscheinlichkeit, dass eines der 34 Mädchen mal ein Praktikum oder sogar eine Ausbildung im Statistischen Bundesamt machen wird, hat sich signifikant erhöht. ■

## MELDUNGEN

### Bahn

#### BesPR West bei Wiefelspütz in Berlin

Die Geschäftsführung des Besonderen Personalrats (BesPR) West ist mit dem Innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Wiefelspütz, zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen das neue Dienstrecht für Beamtinnen und Beamte (DNeuG) und die Sonderwünsche der DB AG.

Darüber hinaus wurden u. a. die Themen Altersteilzeit, Einbau der Sonderzahlungen, Zuweisung von Beamtinnen und Beamten zu Dritten sowie lineare Gehaltserhöhungen erörtert. ■

### Bund

#### Bundespolizei wird neu organisiert

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat Ende April Einzelheiten der Neuorganisation der Bundespolizei bekannt gegeben. Danach tritt an die Stelle der bisherigen fünf Bundespolizeipräsidien ein Bundespolizeipräsidium als Bundesoberbehörde. Aus den 19 Bundespolizeiämtern werden neun regionale Bundespolizeidirektionen. 76 neu zu bildende Bundespolizeiinspektionen sollen schneller und besser auf wechselnde Einsatzerfordernisse reagieren können. Die Präsenz der Bundespolizei in der Fläche werde uneingeschränkt sichergestellt. ■

### Telekom

#### Überwältigendes Votum für Streik

Bereits in den ersten Tagen beteiligten sich bis zu 15.000 Beschäftigte der Deutschen Telekom am Streik gegen die geplante Auslagerung von 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Gesellschaften. Dort sollen sie für weniger Geld länger arbeiten. In einer Urabstimmung hatten sich rund 96,5 Prozent der aufgerufenen ver.di-Mitglieder für Arbeitskampfmaßnahmen ausgesprochen.

ver.di hat die Beamtinnen und Beamten aufgerufen, sich solidarisch zu verhalten und die Streikenden zu unterstützen. ■

# AUS DEN LÄNDERN

## MAGAZIN für Beamtinnen und Beamte

[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)



Im Mittelpunkt der geplanten Funktional- und Verwaltungsreform in Sachsen stehen die Neugliederung der Landkreise und die Neuordnung der Verwaltung. Aufgaben sollen wegfallen, auf Private übertragen oder auf die Landkreise und Kommunen verlagert werden. Personal soll vom Freistaat Sachsen auf die kommunalen Körperschaften übergehen.

### Regierung ignoriert Gesprächsbereitschaft

Seit eineinhalb Jahren kämpfen der DGB Sachsen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Gesprächen mit Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) und den zuständigen Stellen im Innen- und Finanzministerium darum, an der Erarbeitung eines Personalübergangskonzepts beteiligt zu werden.

### Motivation der Beschäftigten entscheidend

Beide Reformen seien bedeutende Bausteine im komplexen Prozess, eine zukunftsfähige Verwaltung im Freistaat Sachsen zu errichten. Dabei spielten der geordnete

tungsneuordnung in Sachsen knapp 5.000 Beschäftigten „den Stuhl vor die Tür setzen“. Mit seiner Politik verunsichere Buttolo mehrere 10.000 Beschäftigte im Landesdienst und alle Kommunalbediensteten, denen Kreisfusionen und zusätzliche Stellenkonkurrenz durch ehemalige Landesbeschäftigte angekündigt worden seien, kritisiert der DGB. Auch die ungleiche Behandlung beim Kündigungsschutz steht in der Kritik. Während früheres Landespersonal eine Beschäftigungsgarantie von drei Jahren bekomme, gebe es für die Beschäftigten in den Kommunen unterschiedliche Regelungen. „Wir wollen für alle Beschäftigten einheitlich zehn Jahre Kündigungsschutz“, sagte Jens Festersen von ver.di.

## „Wir lassen uns den Stuhl nicht vor die Tür setzen“

Verwaltungsreform in Sachsen schlägt hohe Wellen

### DGB und Gewerkschaften drohen mit Verfassungsklage

Damit nicht genug, wolle der Innenminister auch die Beteiligungsrechte der Personalräte und Gewerkschaften beschneiden. Stattdessen soll eine so genannte „Gemeinschaft der Hauptpersonalräte“ gebildet werden, die den Personalübergang begleiten soll. DGB, Gewerkschaften und Personalräte lehnen ein derartiges Gremium strikt ab. Es sei nicht im Personalvertretungsgesetz verankert und würde an den Personalräten vorbei agieren, sagte DGB-Vize Iris Kloppich.

Der DGB-Bezirk Sachsen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes drohen Buttolo nun mit einer Verfassungsklage für den Fall, dass er weiter an der Bildung dieses Gremiums festhalte. Eine solche Maßnahme verstößt nach Auffassung der Gewerkschaften gegen das Mitbestimmungsgebot der sächsischen Verfassung.

### „Wir lassen uns den Stuhl nicht vor die Tür setzen“

Aus Protest gegen die Pläne des Innenministeriums demonstrierten am 14. Mai rund 250 Beschäftigte auf Campingstühlen und Bänken vor dem Innenministerium. „Wir wollen zeigen, dass wir uns nicht so schnell den Stuhl vor die Tür stellen lassen“, sagte der für die Beamtenpolitik zuständige Abteilungsleiter des DGB Werner Schuh. ■



Personalübergang einerseits und die Vermeidung von reformbedingten Nachteilen für die Beschäftigten andererseits eine herausragende Rolle, begründet der DGB seine Kritik am Verfahren. Der Erfolg der Vorhaben hänge maßgeblich von der Motivation der Betroffenen ab.

### Beschäftigte werden mürrisch gemacht

Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) beabsichtigt, im Zuge der geplanten Kreisgebietsreform und der Verwal-

# AUS DEN LÄNDERN

## Baden-Württemberg

### Pensionsfonds: DGB fordert Dialog mit den Beschäftigten

Der DGB Baden-Württemberg hat den Beschluss der Landesregierung begrüßt, mit 500 Millionen Euro aus den Steuermeinnahmen den Grundstock für einen Pensionsrücklagenfonds zu legen. „Es war höchste Zeit, dass die Ankündigung aus der Koalitionsvereinbarung vom Mai 2006 endlich in die Tat umgesetzt wird“, sagte der DGB-Bezirksvorsitzende Rainer Bliesener. Er erinnerte die Landesregierung an ihre Zusage, die Realisierung des Pensionsfonds im Dialog mit den Beschäftigten anzugehen. Über die Ausgestaltung müsse mit allen Beteiligten geredet werden.

„Beiträge der Beschäftigten“ zur weiteren Finanzierung des Fonds lehnt der DGB ab. Die Beamtinnen und Beamten seien für die verfehlte Finanzpolitik der Landesregierung in der Vergangenheit „schon über Gebühr zur Ader gelassen worden“, sagte Bliesener. ■

## Bayern

### Anforderungen an ein modernes Laufbahnrecht

Im Zusammenhang mit der Dienstrechtsreform hat das bayerische Staatsministerium für Finanzen ein Fachhearing zum Thema „Gestaltung des Laufbahnrechts“ durchgeführt. Der DGB Bayern forderte übersichtlichere Strukturen und eine größere Durchlässigkeit der Laufbahnen. Außerdem müsse die Ausbildung neu strukturiert und in ein stimmiges Personalentwicklungskonzept eingebettet werden, um eine größere Flexibilität zu ermöglichen.

Im Einzelnen müsse ein neues Laufbahnrecht

- durchlässiger sein und damit mehr Chancen für gute Beamtinnen und Beamte eröffnen,
- die Stellenobergrenzen aufheben,
- darauf verzichten, ein bestimmtes Lebensalter für den Übertritt in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit festzulegen,
- Beförderungen auch während der Probezeit ermöglichen,

- mehr externe Ausbildungen anerkennen und die internen Ausbildungen so gestalten, dass die Studierenden auch Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben,
- den Aufstieg erleichtern, indem der Aufstieg nicht nur aus dem höchsten Amt möglich und der prüfungsfreie Aufstieg ausgebaut wird,
- darauf verzichten, Altersgrenzen für Aufstiegsbewerber festzulegen, um die Motivation der jüngeren Beamtinnen und Beamten zu erhöhen,
- nachgeholt Bildungsabschlüsse der Beschäftigten privilegiert anerkennen. ■

## Berlin

### Alternativen für arbeitsunfähige Lehrkräfte prüfen

Längerfristig erkrankte Lehrkräfte sollen nach den Vorstellungen der Berliner Bildungsverwaltung künftig durch einen Amtsarzt auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht werden. Bei anhaltender Arbeitsunfähigkeit soll die Frühpensionierung als Alternative geprüft werden. Die Zahl dauerhaft erkrankter Lehrer/innen ist seit August 2006 deutlich gestiegen.

Anstatt den Druck auf die erkrankten Lehrkräfte zu erhöhen oder sie in die Frühpensionierung zu drängen, wünschen sich GEW und Hauptpersonalrat, dass den Pädagog/inn/en alternative Beschäftigungen angeboten werden. Lehrer/innen könnten an der Entwicklung zentraler Prüfungsaufgaben beteiligt werden oder Verwaltungsarbeit übernehmen. ■

## Brandenburg

### Personalabbau mit der Brechstange

Die brandenburgische Landesregierung betreibt erneut Personalpolitik mit der Brechstange. Finanzminister Rainer Speer (SPD) plant, drastische Personaleinsparungen durchzusetzen. Ab 2010 stehen jüngsten Personalbedarfsplanungen zufolge 3.000 Stellen zur Disposition.

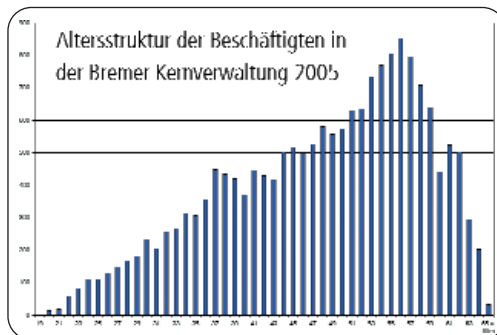
GdP und ver.di sind empört, mit wel-

cher Unverfrorenheit der Finanzminister die tiefen Einschnitte beim Personal durchsetzen will. Mit der offenen Androhung betriebsbedingter Kündigungen würden die Existenzängste der Beschäftigten und ihrer Familien geschürt. „Sollte die Drohung mit Massenkündigungen nur vermittelt werden, um die Gewerkschaften zum Abschluss eines neuen Sozialtarifvertrages zu bewegen, verurteilen wir eine solche Einschüchterungskulisse zu Lasten Ihrer Beschäftigten und deren Familien zutiefst!“, äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft der Haupt- und Personalräte der Landesregierung in einem offenen Brief an Ministerpräsident Matthias Platzeck. ■

## Bremen

### Hoher Altersdurchschnitt in Bremens Verwaltung

Im öffentlichen Dienst Bremens waren 2005 insgesamt 49.069 Personen beschäftigt. Die Beschäftigten verteilten sich auf die Kernverwaltung (19.709),



Quelle: Jahresbericht Personalstruktur und Personalausgaben nach Konzernbereichen 2005

die Sonderhaushalte (4.537), die Eigenbetriebe (3.542), die Stiftungen (109) und die Beteiligungen, bei denen Bremen mindestens 50 Prozent der Eigentumsanteile besitzt (20.918). Das geht aus dem Jahresbericht zu Personalstruktur und Personalausgaben in der bremischen öffentlichen Verwaltung für das Jahr 2005 hervor.

Die Personalstruktur im bremischen öffentlichen Dienst ist durch einen hohen Altersdurchschnitt, eine sehr hohe Teilzeitquote und einen hohen Frauenanteil gekennzeichnet. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten hat weiter zugenommen. 51,3 Prozent der Beschäftig-

# AUS DEN LÄNDERN

ten in der Kernverwaltung sind Frauen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in der Kernverwaltung bleibt mit 36,2 Prozent auf hohem Niveau.

Anzahl und Anteil (27,4 Prozent) der über 55-Jährigen sind in der Kernverwaltung deutlich gestiegen. 1993 betrug dieser Anteil noch 11,8 Prozent. Während 1993 also erst jede/r zehnte der Beschäftigten zur Gruppe der Älteren gehörte, ist dies 2005 bereits fast jede/r Dritte. Damit hat sich auch das Durchschnittsalter auf nunmehr 47,8 Jahre weiter erhöht. ■

## Hamburg

### „Freie Wochenenden sind zur Lotterie geworden“

Ein breites Bündnis aus Berufsfeuerwehrlern und ihren Angehörigen, ver.di und Personalrat kämpft gegen das neue



An die Leine gelegt: Hamburgs Feuerwehrbeamte protestieren gegen das neue Dienstmodell.  
Foto: Wilhelm Mähler

Schichtmodell der Hamburger Feuerwehr. Das Dienstmodell, das seit 1. März 2007 in Kraft ist, sieht grundsätzlich keine 24-Stunden-Dienste mehr vor. Die Änderung des Arbeitszeitmodells geht auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zurück, demzufolge die Tätigkeit der Berufsfeuerwehr in den Anwendungsbereich der europäischen Arbeitszeitrichtlinie fällt.

Die Feuerwehrleute und ihre Angehörigen kritisieren das neue Schichtmodell scharf. Es sei familienfeindlich, gesundheitsschädlich und unsozial. „Der Personalrat der Feuerwehr hat einen Dienstplanentwurf vorgelegt, der den neuen Umständen der Arbeitszeitverkürzung auf 48 Stunden nicht nur in rechtlicher, sondern auch in betrieblicher Hinsicht Rechnung trägt, ohne die sozialen Belange der Beschäftigten zu vergessen“,

betonte die zuständige ver.di-Gewerkschaftssekretärin Renate Götze. Vorläufiger Höhepunkt der Proteste war eine Demonstration Ende April, bei der rund 800 Feuerwehrleute und ihre Familien ihrem Ärger Luft machten. ■

## Hessen

### DGB: Jungen Menschen eine Perspektive bieten

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag will pensionierte Lehrerinnen und Lehrer wieder in die Schulen zurückholen. In seiner Stellungnahme zu einem entsprechenden Gesetzentwurf weist der DGB den unterstellten Regelungsbedarf für die Weiterbeschäftigung pensionierter Lehrerinnen und Lehrer zurück. Die Landesregierung versuche über ihr Programm „Unterrichtsgarantie plus“ mithilfe pädagogisch nicht ausgebildeter Vertretungskräfte den Unterrichtsausfall zu begrenzen. Die verheerenden Folgen für die Qualität der Schulbildung seien hinreichend bekannt.

Angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit sowie des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse habe die Vorgehensweise der Landesregierung auch große sozialpolitische Bedeutung. Statt mehr Menschen in der Landesverwaltung zu beschäftigen und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen, würden durch die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit Stellen abgebaut. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### Intensive Betreuung gewährleistet

Bis zu 17.000 Polizeikräfte aus dem gesamten Bundesgebiet werden den Weltwirtschaftsgipfel (G8) zu bewältigen haben, der vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm stattfinden wird. Es ist absehbar, dass es sich um den größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland handeln wird.

Auch bei der Gewerkschaft der Polizei, insbesondere im GdP-Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Mitte April trafen sich GdP-Personalvertreter/

innen aus Bund und Ländern, um sich über den Vorbereitungsstand des Polizeieinsatzes und die gewerkschaftlichen Betreuungsmaßnahmen anlässlich des G8-Treffens zu informieren. Der GdP-Landesbezirk stellte das Betreuungskonzept vor. „Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Einsatzkräfte, soweit erforderlich, rund um die Uhr vor Ort zu unterstützen. Sieben mobile Betreuungsteams sollen in



Personalvertreter/innen der GdP informieren sich über die Betreuungsmaßnahmen während des G8-Gipfels. Foto: GdP Mecklenburg-Vorpommern

Zusammenarbeit mit dem Hauptpersonalrat der Polizei und den Bezirkspersonalräten der Polizeidirektionen gebildet und in den einzelnen Einsatzabschnitten eingesetzt werden“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Michael Silkeit.

Für die Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes dürfte die vom Landtag gerade beschlossene Einmalzahlung einen zusätzlichen Motivationsschub geben. Die Zahlungen erfolgen nach Besoldungsgruppen sozial gestaffelt in drei Raten. Beamtinnen und Beamte der unteren Besoldungsgruppen erhalten 910 Euro, in den mittleren 610, und in den höheren Besoldungsgruppen 210 Euro. ■

## Niedersachsen

### Der DGB zeigt, wo's brennt

In seiner Stellungnahme zur Neufassung der Arbeitszeitverordnung für Beamtinnen und Beamte der Feuerwehr begrüßt der DGB ausdrücklich die Festlegung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 48 Stunden. Damit werde die EU-Arbeitszeitrichtlinie umgesetzt.

Durch die Arbeitszeitverkürzung im Arbeits- und Bereitschaftsdienst dürfe es allerdings zu keiner Mehrbelastung kommen. Die Ausweitung des Arbeitsdienstes auf alle Arbeitstage statt wie bisher nur an

# AUS DEN LÄNDERN

Werktagen sowie die Streichung zusammenhängender Freizeit für Dienste am 24. und 31. Dezember bedeuteten allerdings inakzeptable Verschlechterungen. ■

## Nordrhein-Westfalen

### Das Ende der Mitbestimmung

Mit dem Gesetzentwurf zur Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes sieht der DGB das Ende der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst aufziehen. Dass das Reformgesetz so kurzfristig eingebracht wurde, sei „ein Indiz dafür, dass die Landesregierung die Mitbestimmung im Handstreich zu Fall bringen will“, so der Bezirksvorsitzende Guntram Schneider. Der Entwurf beinhalte die „Verstümmelung der Mitbestimmung in allen personellen Angelegenheiten sowie bei Planung und Einsatz neuer Technologien bis zur Unkenntlichkeit“ und degradiere sie zu Beteiligungs- und Anhörungsrechten ohne jede Relevanz. ■

## Rheinland-Pfalz

### Initiative des DGB erfolgreich

Die vom DGB und seinen Mitgliedsorganisationen wiederholt geäußerte Kritik an der Absenkung der Eingangsbesoldung für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz ist offensichtlich auf fruchtbaren Boden gefallen. Kabinett und SPD-Fraktion haben sich für eine Rücknahme der Besoldungskürzung ausgesprochen. Das Land Rheinland-Pfalz hatte beabsichtigt, die Eingangsbezahlung für den gehobenen und höheren Dienst für drei Jahre um monatlich rund 100 Euro netto abzusenken.

Der DGB hatte immer wieder auf die verheerenden Folgen einer solchen Regelung für die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst hingewiesen.

„Dies ist ein Erfolg für unsere Politik. Unsere Argumente haben sich durchgesetzt“, sagte der DGB-Bezirksvorsitzende Dietmar Muscheid. ■

## Saarland

### Einmalzahlungen vereinbart

Beamtinnen und Beamte, Richter/innen und Versorgungsempfänger/innen

bekommen in diesem Jahr Einmalzahlungen. Das hat der saarländische Landtag jetzt beschlossen. Im Juli werden 250 Euro an aktive Beamtinnen und Beamte, 150 Euro an Ruhegehaltsempfänger/innen und 100 Euro an Anwärter/innen und Referendar/innen ausgezahlt. Teilzeitbeschäftigte bekommen die Zahlung entsprechend ihrer Arbeitszeit. ■

## Sachsen

### Beschäftigte zum Urnengang aufgefordert

Auf Anregung des DGB hat Ministerpräsident Georg Milbradt die Beschäftigten der sächsischen Landesregierung aufgerufen, sich bei den Personalratswahlen Ende Mai aktiv zu beteiligen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu ma-



chen. Die stellvertretende Vorsitzende des DGB Sachsen Iris Kloppich hatte die „große Wahlmüdigkeit auf allen Ebenen“ angeführt, die insbesondere in den östlichen Ländern mit „Demokratieverdrossenheit, Demokratiemüdigkeit und Demokratieverständnis“ einhergehe. ■

## Sachsen-Anhalt

### Enquetekommission für Personalentwicklung

Mit der Einsetzung einer Enquetekommission – auf Antrag der Linkspartei PDS – nimmt sich der Landtag in Sachsen-Anhalt des Themas „Personalentwicklung im öffentlichen Dienst“ an. Aufgabe der Kommission in den nächsten zwei Jahren soll die Darstellung der

qualitativen und quantitativen Entwicklung des Landespersonals auf Grundlage einer Evaluation und die Bestimmung der Landesaufgaben sein. Außerdem sollen Vorschläge zur Personalentwicklung entsprechend der zu erfüllenden Aufgaben, der finanziellen Rahmenbedingungen und der Bevölkerungsentwicklung erarbeitet werden. Bereits vorliegende Gutachten und Beschlüsse der Landesregierung fließen dabei mit ein. ■

## Schleswig-Holstein

### „Schlanke Verwaltung aller Länder“

Die Landesregierung will die Zahl und Aufgaben der Landesbehörden deutlich reduzieren, um die Verwaltung zur schlankesten aller Länder zu machen. Gegenüber Gewerkschaftern haben sich die Verantwortlichen jedoch auch zu der Mitbestimmungsvereinbarung zur Verwaltungsstrukturreform aus dem Jahr 2005 bekannt. Die bereits bei früheren Referentenentwürfen erreichte Schutzformel bei Versetzungen (befristeter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen aus Anlass der Verwaltungsreform), die tarifvertraglich ausgestaltet werden kann, soll beibehalten werden. Die Staatskanzlei wird das Thema anhand konkreter Unterlagen über die Maßnahmen, die Zahl der Betroffenen und die Zeiträume unter Einbeziehung beteiligter Dritter mit den Gewerkschaften erörtern. ■

## Thüringen

### Vier Gewerkschaften – ein Ziel

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der DGB haben die Gründung einer „Landeskommission für Beamtinnen und Beamte“ beschlossen. Sie soll sich aus je zwei Mitgliedern von ver.di, der GEW, GdP und der IG BAU zusammensetzen und die Aktivitäten auf Landesebene koordinieren. Zu den Aufgaben der Kommission gehören u. a. die Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen und Forderungen in der Beamtenpolitik, Veranstaltungen für Gewerkschafter/innen, Lobbyarbeit und die Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben. ■

# PORTRÄT



Im Porträt: Martin Sorg, Revierförster

## Denken in anderen Dimensionen

Zuerst Kyrill, dann lange Trockenheit mit Waldbrandgefahr und drohender Borkenkäferplage – die Natur schlägt Kapriolen und wer mit und in ihr arbeitet, muss mitspielen.

Das Revier des Forstbeamten Martin Sorg vom Forstamt Hilchenbach in Nordrhein-Westfalen ist der Privatwald rings um den Kindelsberg – rund 1.700 Hektar groß. Kyrill hat den fünf- bis sechsfachen Jahreseinschlag an Holz umgeworfen. Diese Menge muss jetzt vordringlich aufgearbeitet und vermarktet werden. Für Waldbesitzer und betreuende Förster stellen sich viele Fragen: Welchen Wald müssen wir nach dem Sturm aufbauen, der den sich ändernden Klimaverhältnissen angepasst und für die Eigentümer auch in Zukunft rentabel ist? Welche Gehölze bestimmen in späteren Jahren die Wälder? „Es fällt oft nicht leicht, den Waldbesitzern klare Antworten zu geben.“, sagt Sorg, der von rhetorischen Höhenflügen bei Fachtagungen schnell wieder im Arbeitsalltag landet. Und der sieht normalerweise



so aus: Wirtschaftspläne erstellen und umsetzen, Holzernte, Aufforstungen, Kalkungsmaßnahmen und Wegebau organisieren und kontrollieren, dazu Öffentlichkeitsarbeit, Ausbildung, Forst- und Naturschutz sowie die Mitwirkung bei öffentlichen Planungsverfahren – ein Aufgabenspektrum, das zur Faszination des Berufsbildes „Förster“ beiträgt.

Die reguläre 41-Stunden-Woche ist beim augenblicklichen Arbeitsumfang nicht einzuhalten. Doch noch ist Martin Sorg gerne Förster. „Das ist nicht nur ein Beruf, sondern auch Berufung. Dem Zauber, der vom Lebensraum und Arbeitsplatz Wald ausgeht, kann man sich kaum entziehen.“ ■

Die reguläre 41-Stunden-Woche ist beim augenblicklichen Arbeitsumfang nicht einzuhalten. Doch noch ist Martin Sorg gerne Förster. „Das ist nicht nur ein Beruf, sondern auch Berufung. Dem Zauber, der vom Lebensraum und Arbeitsplatz Wald ausgeht, kann man sich kaum entziehen.“ ■



**Wenn ich gute Pflege schon jetzt versichern könnte:**

**Die Pflegegeld-Versicherung der DBV-Winterthur**

Im Pflegefall finanziell abhängig zu sein, ist kein schöner Gedanke. Gute Pflege kostet Geld. Schützen Sie Ihre Angehörigen und Ihr Vermögen.

**Wir sind für Sie da. Anruf genügt!**

**DBV-Winterthur Versicherungen**  
Frankfurter Straße 50  
65178 Wiesbaden  
Tel.: 01803 335346\*  
Fax: 01803 202147\*  
www.dbv-winterthur.de

\*9 Cent/Minute

**DBV-winterthur**



Berufsstart spezial

## Vorher für nachher entscheiden

Bei Bundes- und Landesbehörden, bei Gemeinden, Kreisen und Bezirken gibt es die unterschiedlichsten Berufe, in denen Beamtinnen, Beamte und Angestellte arbeiten. Bildungsabschlüsse sind entscheidend für den Einstieg in die Laufbahnen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes. Alles Weitere regeln die Ausbildungs- und Laufbahnverordnungen des Bundes und der Länder.

### Einstellungsvoraussetzungen

Da eine Lehrerin eine andere Ausbildung braucht als ein Finanzbeamter oder Polizist und eine Verbeamtung nicht in jedem Bundesland selbstverständlich ist, müssen die Voraussetzungen für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst bei der Berufswahl berücksichtigt werden.

Der Vorbereitungsdienst dient der praktischen und theoretischen Ausbildung und wird mit einer Laufbahnprüfung

abgeschlossen. Er wird im Beamtenverhältnis auf Widerruf geleistet und dauert im einfachen Dienst sechs Monate, im mittleren Dienst zwei bis zweieinhalb Jahre, im gehobenen Dienst drei und im höheren Dienst zwei bis zweieinhalb Jahre. Auch bei fehlender Laufbahnbefähigung besteht die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen in das Beamtenverhältnis übernommen zu werden.

### Wechsel in die Privatwirtschaft schwierig

Die Beamtenausbildungen sind keine allgemein anerkannten Berufsausbildungen. Anwärterinnen und Anwärter sind nach ihrer Ausbildung in hohem Maße an die öffentlichen Arbeitgeber gebunden. Ein Wechsel mit der Qualifikation „Beamtenausbildung“ in die private Wirtschaft ist eher schwierig. Umso wichtiger ist es daher für Beamtenanwärterinnen und -anwärter, nach dem Vorbereitungsdienst übernommen zu werden.

**Debeka** Ihre Krankenversicherung



www.debeka.de

**map-report**  
März 2007  
**Platz 1**  
„langjährig hervorragende Leistungen“ und **Bestnote**, „service-stärkster Versicherer“ im Vergleich von Krankenversicherungen

### Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ... Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück! Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

**Debeka**  
Krankenversicherungsverein a. G.  
Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 498 - 0

**Debeka**

Erfahren. Sicher. Günstig.

# SERVICE

## → Wie wird vergütet?

Im öffentlichen Dienst richtet sich die Bezahlung zunächst nach dem Status des Berufseinsteigers – Auszubildender oder Beamtenanwärterin. Auszubildende erhalten eine „Ausbildungsvergütung“, Beamtenanwärter erhalten „Anwärterbezüge“. Im Manteltarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst (MTV-A) sind die Regeln der Vergütung festgelegt, bei den Anwärterbezügen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst orientiert sich der Grundbetrag an der Besoldungsgruppe, die dem Eingangssamt der Laufbahn zugeordnet ist.

## BAB – die Beihilfe für Azubis

Übrigens: Wer einen Ausbildungsplatz in weiter Entfernung vom Heimatort findet, kann unter bestimmten Voraussetzungen mit finanzieller Hilfe des Staates rechnen. Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gibt es z. B. für alle Auszubildenden unter 18, die nicht mehr bei den Eltern wohnen, weil der Ausbildungsbetrieb zu weit entfernt ist – rund eine Stunde für jeden Weg. Ob und in welcher Höhe eine Beihilfe gezahlt wird, ist von der Höhe des Einkommens der Eltern abhängig.



## Anspruch auf Bildungsurlaub

In verschiedenen Bundesländern haben Beschäftigte und Auszubildende Anspruch auf Bildungsurlaub. Dieser „Urlaub“ soll der politischen und beruflichen Weiterbildung dienen. Solche Seminare werden teilweise auch von den Gewerkschaften angeboten. Teilweise gibt es auch tarifvertragliche Regelungen für die Inanspruchnahme von Sonderurlaub zur beruflichen Weiterbildung.



Weitere Informationen unter [www.berufsstart-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.berufsstart-im-oeffentlichen-dienst.de) oder im gleichnamigen DBW-Ratgeber.

**NÜRNBERGER**

NÜRNBERGER Beamtendarlehen

## Zinsen senken – befreit leben.

Sie zahlen hohe Darlehensraten? Dann lösen Sie den bestehenden Kredit einfach ab – mit dem NÜRNBERGER Beamtendarlehen und der DSL Bank.

### Schon ab 5,99 %\*!

\* effektiver Jahreszins bei einer Laufzeit von 12 Jahren

So können Ihre Wünsche wahr werden. Rufen Sie gleich an! Ihr Ansprechpartner nimmt sich gern Zeit für Sie:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG  
Chris Labitzke  
Tel. 0911 531-4872, Fax 0911 531-814872  
[chris.labitzke@nuernberger.de](mailto:chris.labitzke@nuernberger.de)  
[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNGSGRUPPE



# DAS INTERVIEW



Auf der Fachtagung „Wettbewerbsfähigkeit mit einem reformierten Beamtenrecht“ hat sich die Deutsche Bahn AG mit den Besonderheiten des Dienstrechts in einem privatisierten Unternehmen auseinandergesetzt. Ulrich Nölkenbockhoff ist Mitglied des Besonderen Hauptpersonalrat beim Präsidenten des Bundeseisenbahnvermögens und zuständig für die der DB AG zugewiesenen Beamtinnen und Beamten. Er hat die Veranstaltung besucht.

**Die TRANSNET befürchtet Verschlechterungen durch das geplante Dienstrechtsneuordnungsgesetz der Bundesregierung. Hat Ihnen die Tagung neue Einsichten vermitteln können?**

Bemerkenswert war, dass das Thema „Beamte bei der DB AG“ überhaupt öffentlich diskutiert wurde. Die Kolleginnen und Kollegen bei der DB AG haben laut Bahn-Chef Mehdorn in den letzten Jahren eine Produktivitätssteigerung von 160 Prozent erreicht. Die Bilanz des Unternehmens wurde 2006 auf 1 Mrd. Euro Gewinn verbessert. Da stellt sich doch die Frage: Warum weitere Reformen? Durch den andauernden Veränderungsprozess innerhalb des Konzerns haben sich die Beamtinnen und Beamten längst von ihren „Ärmelschonern“ verabschiedet und die „Wettbewerbsfähigkeit“ der DG AG unter Beweis gestellt.

## Schon längst fit für den Markt

**Welche besonderen Regelungen hält TRANSNET für die Beamtinnen und Beamten bei der Bahn für notwendig?**

Beschäftigungssicherung für alle muss weiterhin das Ziel sein. Die von der DB AG geforderte Änderung bei „Zuweisung zu anderen Betrieben“ – mit Minderheitsbeteiligung oder gar Null-Beteiligung des Bundes – darf nur erfolgen, wenn die Rückfallebene und das Beschäftigungsrisiko nach dem Wegfall der Zuweisungsvoraussetzungen wieder bei der DB AG liegen. Und: Leistungsprämien müssen auch für Beamte bei der DB AG möglich sein. Hier ist die DB AG gefordert, tragfähige Vorschläge zu erstellen – diese fehlen bis dato.



„Viele Beamte der Bahn haben sich ... beurlauben lassen, um auf der Basis von Angestellten-Arbeitsverträgen Karriere im Konzern zu machen“, schrieb das „Handelsblatt“ kürzlich. Was heißt das?

Diese Aussage muss man relativieren. Von den rund 50.000 Beamtinnen und Beamten bei der DB AG sind nur 3.900 beurlaubt. Diese sind aber nicht alle in Spitzenfunktionen und mit entsprechenden Managergehältern ausgestattet. Sie haben die Möglichkeit genutzt, über eine Beurlaubungsregelung in einem Arbeitsverhältnis „etwas mehr Geld“ zu verdienen. Dabei reden wir aber in der Regel über maximal einige hundert Euro im Monat. Es ist völlig legitim, entsprechende Angebote des Arbeitgebers zu nutzen, wenn das Beamtenrecht diese Möglichkeit zulässt.

**Im Internet steht eine Resolution gegen einzelne Regelungen der geplanten Dienstrechtsreform zur Online-Abstimmung. Wie ist die Resonanz?**

Bisher haben 1.400 Kolleginnen und Kollegen diese Resolution unterstützt. Auch wurde in Versammlungen von Personal- und Betriebsräten und anderen öffentlichen Veranstaltungen der TRANSNET diese Aktion bundesweit publiziert. Das Ergebnis ist den Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU sowie allen MdBs zugesandt worden. Wir sind gespannt, wie deren Antworten dazu lauten werden. ■

### Zur Person

- 1956 in Capelle (Westf.) geboren, verheiratet, drei Kinder
- seit 1971 als Jungwerker, seit 1973 im Beamtenverhältnis bei der Deutschen Bundesbahn
- seit 1971 Mitglied der GdED/TRANSNET
- seit 1982 Personalrat und Betriebsrat (Vorsitzender und stellv. Vorsitzender)
- seit 1988 SPD-Mitglied
- seit 2000 Ratsmitglied der Gemeinde Nordkirchen
- seit 2004 stellv. Bürgermeister der Gemeinde Nordkirchen

## Personalien

### Präsident von EBA und BEV in Personalunion



Armin Keppel ist neuer Präsident des Bundes-eisenbahnvermögens (BEV). Er hat als Nachfolger für den im

Dezember letzten Jahres überraschend verstorbenen Gründungspräsidenten Rolf Heine am 1. Mai 2007 die kommissarische Leitung des BEV in Bonn übernommen.

Armin Keppel ist gelernter Diplomingenieur. Nach dem Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Hochschule in Darmstadt begann er seine berufliche Karriere bei der Deutschen Bundesbahn. Anschließend wechselte er ins Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, wo er in verschiedenen Bereichen über 25 Jahre tätig war. Seit 2003 ist er Präsident des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA), das seinen Hauptsitz ebenfalls in Bonn hat. ■

## Urteile

### Ruhestand mit 65 für Finanzbeamte in Spielbank

Für Beamte der Finanzverwaltung, die Schichtdienst in einer Spielbank verrichten, gilt die gesetzliche Regelaltersgrenze des vollendeten 65. Lebensjahres. Dies entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Die für einige Polizeibeamtinnen und -beamte herabgesetzte Altersgrenze von 60 Jahren könne wegen ihres Ausnahmeharakters nicht auf die in der Spielbankaufsicht eingesetzten Finanzbeamten übertragen werden. Die im Schichtdienst ausgeübte Tätigkeit der Spielbankaufsicht sei nicht ebenso belastend wie der Dienst eines Polizeibeamten, der 25 Jahre lang Wechselschichtdienst geleistet habe. Die Arbeitszeit bewege sich in einem gleich bleibenden zeitlichen Rahmen. (Az.: 2 A 11206/06, Urteil vom 5. Februar 2007) ■

### Mitbestimmung des Personalrats bei „Ein-Euro-Jobs“

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat das Recht der

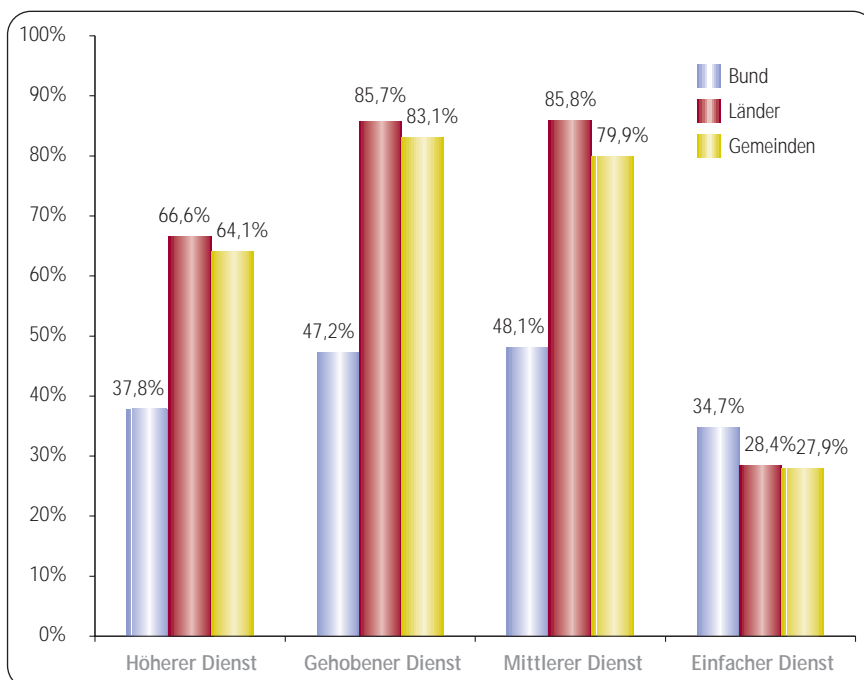
kommunalen Personalräte zur Mitbestimmung bei der Besetzung so genannter „Ein-Euro-Jobs“ durch die Kommune festgestellt.

In den Streitfällen waren Arbeitslose bei den Stadtverwaltungen von Mainz und Wetzlar in verschiedenen Funktionen zum Einsatz gekommen. In beiden Fällen hatte der Personalrat der Stadt ein Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen geltend gemacht. Der Oberbürgermeister als Leiter der Verwaltung war dem jeweils mit der Begründung entgegengetreten, dass keine Einstellungen im Sinne des Mitbestimmungstatbestands vorlägen.

Der 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts bestätigte das von den Personalräten in Anspruch genommene Mitbestimmungsrecht. Der Personalrat habe das Recht, im Interesse der regulären Beschäftigten der Stadt zu prüfen, ob der betreffende Hilfebedürftige für die fragliche Tätigkeit geeignet ist und ob die ausgewählten Einsatzbereiche das Merkmal der Zusätzlichkeit erfüllen. (BVerwG 6 P 4.06 – Urteil vom 21. März 2007; BVerwG 6 P 8.06 – Beschluss vom 21. März 2007) ■

## Zahlen, Daten, Fakten

### Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten im Beamten- und Richter Verhältnis 2005



Bei Ländern und Gemeinden ist die Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten im Beamtenverhältnis nach wie vor weiblich. Beim Bund hingegen haben die Männer die Mehrheit. Ursache ist die Alterszeit. Im mittleren und gehobenen Dienst der Länder und Gemeinden liegen die Frauenanteile zwischen 77 und 87 Prozent. Das liegt daran, dass in Ländern und Gemeinden die „traditionelle Teilzeit“ mit über 80 Prozent überwiegt.

Die Zahlen belegen: Der Mainstream im Beamtenbereich ist immer noch nicht die geschlechterneutrale Aufteilung von Familien- und Berufsarbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, April 2007



# Autoversicherung – Mit uns fahren Sie günstig



## Nutzen Sie unsere TOP-Vorteile:

### TOP-Tarife

Wir versichern Sie günstig und beraten Sie fair.

### TOP-Leistungen

ÖKO-TEST bestätigt in Ausgabe 2/2007:  
der HUK-COBURG Classic Tarif ist eindeutig Testsieger.

### TOP-Schadenservice

Wir kümmern uns auf Wunsch um die Reparatur Ihres Pkw. Das Auto wird in hoher Qualität repariert und wir geben auf die Reparatur 3 Jahre Garantie. Bei Wahl von Kasko SELECT sparen Sie 15 % vom Kasko-Beitrag.

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«. Sofortige Auskunft bekommen Sie hier:  
**0180 2 153153\*** oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

\*6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig